

Sprecher/in

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Heiri Niederberger
(CVP)

Mitteilungen

Ich verweise auf die E-Mail vom 26. September 2012 und die Mitteilung, dass ab sofort sämtliche Einwohnerratsmitglieder über eine Horwer E-Mail-Adresse erreichbar sind. Herzlichen Dank an die Gemeinde für die Einrichtung dieser Möglichkeit.

Gratulationen

Seit der letzten Sitzung durfte ich 26 Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen gratulieren.

Repräsentationen

- 8. September 2012: Swiss Ski Sommertrophy des Skiclubs Horw
- 9. September 2012: Feierlichkeiten anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Bruderklausen-Kirche Kastanienbaum
- 14. September 2012: Feier der 20-Jährigen
- 15. September 2012: Hauptübung der Feuerwehr Horw

Einbürgerungen

Seit der letzten Sitzung wurden keine Einbürgerungen vorgenommen.

Protokoll

Gegen das Protokoll Nr. 335 der Sitzung vom 6. September 2012 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Neueingänge

- 12. September 2012: Interpellation Nr. 613/2012 von Ruth Strässle-Erismann, FDP, und Mitunterzeichnenden: Schulbus Biregg
- 15. Oktober 2012: Postulat Nr. 637/2012 von Heidi Pieper-Berdux, FDP, und Mitunterzeichnenden: Reduzierung des Mindestarbeitspensums im Kirchfeld von 60 % auf 30-40 %

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung sind keine Beschlüsse in Rechtskraft erwachsen.

1. Vereidigung von zwei Ratsmitgliedern

Raphael Dali und Reto Deschwanden, beide CVP, werden als Einwohnerratsmitglieder vereidigt.

Heiri Niederberger
(CVP)

Bereinigung Traktandenliste

Traktandum 4: Bericht und Antrag Nr. 1488 Zonenplanänderung Wegmatt, 2. Lesung

Der Gemeinderat schlägt Ihnen vor, das Geschäft abzutraktandieren, da die Veränderungen, über die in den Herbstferien informiert wurde, nicht mehr diskutiert werden konnten. Aus diesem Grund kann das Geschäft erst im nächsten Frühling behandelt werden, nachdem die jetzt vorliegenden Vorschläge gebührend beraten werden konnten. Wir werden Ihnen später einen Zusatzbericht mit dem allenfalls verhandelten Vertrag vorlegen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Die CVP-Fraktion unterstützt aus folgenden Gründen den Antrag auf Abtraktandierung und die Behandlung zu einem späteren Zeitpunkt:

Thomas Zemp (CVP)

Seit der 1. Lesung hat sich die Ausgangslage insofern verändert, dass die Grundeigentümerin nun offenbar eine Bereitschaft signalisiert, sich an einer allfälligen Bahnquerung finanziell namhaft zu beteiligen. Die rechtlich bindenden Grundlagen konnten aber in der kurzen Zeit bis zur zweiten Lesung nicht unterschriftsreif ausgearbeitet werden. Aus Sicht der CVP müssen vor der zweiten Lesung mindestens folgende Punkte erfüllt sein:

- Die Machbarkeit der Bahnquerung muss erwiesen sein. Sei es nun eine Über- oder Unterführung.
- Die Kosten müssen bekannt sein. Sowohl für die Erstellung wie auch für den Unterhalt.
- Eine rechtlich bindende Verpflichtung zur Finanzierung der Bahnquerung muss unterschrieben sein.

Die CVP-Fraktion hat immer wieder betont, dass sie mit dem Vorgehen im Fall "Wegmatt" nicht einverstanden ist. Die etappenweise Realisierung von reinen Wohnhäusern in der damals gemischten Zone, der Aufschub der Realisierung des Gewerbeanteils auf die letzten zu erstellenden Bauten und dann schlussendlich die Bemühungen um eine Umzonung in eine reine Wohnzone, damit auch hier kein Gewerbeanteil realisiert werden muss, machen den Anschein von Spekulation und Gewinnmaximierung. Hauptsächlich aufgrund dieser prinzipiellen Überlegungen hat sich unsere Fraktion bisher erfolgreich gegen die Umzonung gewehrt.

Aus heutiger Sicht kann sich die Fraktion vorstellen, einer Umzonung in eine reine Wohnzone zuzustimmen, wenn die Grundeigentümerin bereit ist, für den damit erhaltenen massiven Mehrwert auch einen Gegenwert zu leisten. Die finanzielle Beteiligung an einer Bahnquerung kann dabei eine Möglichkeit darstellen. Unsere Fraktion ist aber einem solchen Bauwerk gegenüber eher skeptisch eingestellt, weil wir davon ausgehen, dass die Erstellungskosten sehr hoch sein werden (eher mehr als 1 Mio. Franken), weil die Unterhaltskosten im Fall einer Überführung für zwei Lifte im öffentlichen Raum nicht unbeachtlich sein werden und es darum auch fraglich ist, ob sich dieser hohe finanzielle Aufwand rechtfertigt für den Mehrwert, der damit geschaffen wird. Für uns ist es dann auch fraglich, ob die Bahnquerung je realisiert wird.

Aus Sicht der CVP wäre es viel sinnvoller, wenn der Grundeigentümer sich verpflichten würde, einen bestimmten Anteil der neuen Überbauung, beispielsweise 50 %, als "bezahlbaren Wohnraum" zu realisieren. Dies könnte allenfalls in Zusammenarbeit mit einer in Horw etablierten Baugenossenschaft erfolgen. Zum Thema "bezahlbarer Wohnraum" hat die CVP gerade jetzt eine Motion in Umlauf gegeben, die vom Gemeinderat die Schaffung rechtlicher Grundlagen verlangt, um in Horw auch künftig "bezahlbaren Wohnraum" sicherzustellen. Die Umzonung in der Wegmatt könnte hier ein erstes gutes Beispiel sein.

Die CVP ist für die Abtraktandierung, damit der Grundeigentümerin die Möglichkeit eingeräumt werden kann, mehrheitsfähige Vorschläge zu erarbeiten.

Die SVP-Fraktion erachtet das kurzfristige Vorgehen der Grundeigentümerin zu dem längerfristig angesetzten Geschäft als recht störend. Unsere Fraktion hätte das Geschäft heute sehr gerne endlich gebodigt und beraten. Wir können uns aber dem Abtraktandieren grundsätzlich anschliessen. Hinzuweisen bleibt unsererseits auf den erheblichen Mehrwert, der durch die Umzonung geschaffen würde. Wir halten nach wie vor daran fest, dass im Interesse unserer Gewerbetreibenden vom Gemeinderat bei den Diskussionen berücksichtigt wird, dass auf dem Grundstück Gewerberäume realisiert werden, denn anderswo sind Gewerberäume im Erdgeschoss nirgends vorgesehen.

Reto von Glutz (SVP)

Abstimmung:

Dem Antrag des Gemeinderates, Traktandum 4, Bericht und Antrag Nr. 1488 Zonenplanänderung Wegmatt, 2. Lesung, abzutraktandieren, wird mit 26:0 Stimmen zugestimmt.

Heiri Niederberger
(CVP)

2. Wahl der Delegierten in die Gemeindeverbände und -verträge

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2012 haben Sie vom Gemeinderat die Wahlvorschläge erhalten. Ich stelle fest, dass zu diesen Vorschlägen keine Wortmeldungen verlangt oder anderslautende Anträge gestellt werden.

Heiri Niederberger
(CVP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	28
Eingegangene Stimmzettel	28
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	28
Absolutes Mehr	15

Gewählt sind:

Gemeindeverband Kindes- und Erwachsenenschutz Luzern-Land:

Hans-Ruedi Jung, Gemeinderat (Delegierter), 28 Stimmen

Gemeindeverband LuzernPlus:

Manuela Bernasconi, Gemeinderätin (Delegierte), 28 Stimmen

Gemeindeverband Recycling Entsorgung Abwasser Luzern (REAL):

Robert Odermatt, Gemeinderat (Delegierter), 28 Stimmen

Gemeindeverband Sozial-Beratungszentrum (SoBZ) Amt Luzern

Oskar Mathis, Gemeinderat (Delegierter), 28 Stimmen

Theres Bieri, Leiterin Spitex, Rosenfeldweg 4, Horw (Delegierte), 28 Stimmen

Jörg Conrad, Präsident Gesundheits- und Sozialkommission, 28 Stimmen

Gemeindevertrag Kulturregion Luzern

Hool Markus, Gemeindepräsident (Delegierter), 28 Stimmen

Aufsichtskommission Gemeindevertrag Regionale Schiessanlage Stalden, Kriens:

Robert Odermatt, Gemeinderat (Delegierter), 28 Stimmen

Oskar Mathis, Gemeinderat (Stellvertreter), 28 Stimmen

**Gemeindevertrag über die Organisation des Zivilschutzes in den Gemeinden
Horw-Kriens-Luzern:**

Robert Odermatt, Gemeinderat (Delegierter), 28 Stimmen
Thomas Schemm, Stirnrütistrasse 33, Horw (Mitglied Zivilschutzkommission), 28 Stimmen

Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung ZiSG:
Oskar Mathis, Gemeinderat (Delegierter), 28 Stimmen

**3. Bericht und Antrag Nr. 1490 Verzeichnis der unerledigten Geschäfte
und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite**

Eintreten GPK

Das Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite ist dieses Mal vom Text her ausführlicher. Der Gemeinderat hat bei einzelnen Postulaten, statt einen separaten B+A dem Einwohnerrat vorzulegen, gleich im vorliegenden Papier einige Themen abgehandelt. In der GPK gab diese Form zu diskutieren. Wir sind aber einstimmig zum Schluss gekommen, dass es Sinn macht und dort, wo es angebracht ist, Vorstösse effizient behandelt werden können.

Die GPK nimmt den B+A zustimmend zur Kenntnis.

Eintreten BVK

Die BVK begrüsst die detaillierten Begründungen, obwohl so der Antrag länger wird. Die Ausführungen haben uns bei der Meinungsbildung geholfen. Wir sind nicht mit jedem Vorschlag des Gemeinderates einverstanden und werden darum in der Detailberatung entsprechende Anträge stellen.

Wir sind einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1490.

Eintreten GSK

Die neu zusammengestellte Gesundheits- und Sozialkommission stellt mit Erstaunen einerseits fest, dass die Liste der unerledigten Geschäfte sehr gross ist; so gross, dass die Frage erlaubt ist, ob nicht eine effizientere Arbeitsweise resp. Vorgehensweise des Gemeinderates vonnöten wäre. Andererseits sind so viele Geschäfte noch in der Abklärungsphase, so dass darauf kein parlamentarischer Einfluss genommen werden kann. Wir werden in der Detailberatung zu einzelnen Punkten Stellung nehmen. In Würdigung der Arbeit des Gemeinderates und Anerkennen vieler offener Fragen, aber auch in der Forderung um eine effizientere Arbeitsweise, ist die GSK einstimmig für Eintreten.

Eintreten CVP

Der CVP-Fraktion ist aufgefallen, dass einzelne Vorstösse ausführlich beschrieben wurden. Mit dem Vorgehen des Gemeinderates, wie er die Vorstösse beantwortet, sind wir zufrieden und der Meinung, dass es dadurch eine effizientere Ratsführung gibt und die Vorstösse so auch bearbeitet werden und nachher abgeschrieben werden können. Es ist nicht zu jedem Postulat ein Bericht und Antrag notwendig und so ist die CVP-Fraktion mehrheitlich für eine längere Beantwortung von Postulaten oder Interpellationen in diesem Geschäft.

Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

Rita Sommerhalder
(CVP)

Jürg Luthiger (CVP)

Jörg Conrad (SVP)

Reto Deschwanden
(CVP)

Eintreten L20

Von der L20 sind keine weiteren Ergänzungen zum Eintreten nötig. Wir sind für Eintreten auf den B+A Nr. 1490.

Heiri Schwegler (L20)

Eintreten FDP

Grundsätzlich ist die FDP der Meinung, ein Geschäft erst abzuschreiben, wenn es umgesetzt wurde. Anhand dieses Gesichtspunktes arbeiteten wir uns durch den vorliegenden B+A.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Im Vergleich zum Vorjahr sammelten sich wieder einige pendente Postulate mehr an, die Motionen halten sich die Waage. Das älteste, noch nicht abzuschreibende Postulat stammt aus dem Jahr 1997. Doch sollte auch dieses in diesem Jahr 2012/13 abgeschrieben werden können. Ca. die Hälfte der pendenten Postulate betreffen Strassen sowie Verkehrsthemen. So gaben u.a. die beiden Postulate betreffend Fussgängerstreifen Kastanienbaum zu diskutieren. Der Vorschlag des Gemeinderates, das Postulat der FDP "Sparen mit LED" abzuschreiben, lieferte ebenso Anlass für weitere Diskussionen.

Die FDP ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung zum vorliegenden B+A Nr. 1490.

Eintreten SVP

Im vorliegenden B+A fällt auf, dass hinsichtlich gewisser Geschäfte die Ausführungen relativ umfangreich und sehr komplex sind. Grundsätzlich sind wir dennoch der Auffassung, dass es zeit- und kostensparend ist, Vorstösse im Verzeichnis der unerledigten Geschäfte abzuhandeln und nicht im Rahmen eines separaten B+A. Sollte der Initiant oder der Einwohnerrat mit der Beantwortung nicht einverstanden sein, ist es ihm unbenommen, einen neuen Vorstoss zu lancieren.

Astrid David Müller (SVP)

Die SVP ist einstimmig für Eintreten und wir werden uns in der Detailberatung äussern.

Detailberatung

Postulat Nr. 438/1998 von Dieter Haessig, FDP, und Mitunterzeichnenden: Alterswohnungen im neuen Ortskern

Rita Sommerhalder (CVP)

Da die Baurechtsverträge noch nicht unterschrieben sind, ist die GPK einstimmig dagegen, das Postulat abzuschreiben.

Die GSK ist derselben Meinung wie die GPK, das Postulat nicht abzuschreiben.

Jörg Conrad (SVP)

Auch die BVK folgt dem Antrag der GPK.

Jürg Luthiger (CVP)

Auch die SVP folgt mit der gleichen Begründung dem Antrag der GPK. Die Baurechtsverträge liegen noch nicht vor und wir sind der Meinung, dass Postulate erst abgeschrieben werden sollen, wenn sie definitiv erledigt sind.

Astrid David Müller (SVP)

Abstimmung:

Anträge der GPK, GSK, BVK und SVP, das Postulat Nr. 438/1998 von Dieter Haessig, FDP, und Mitunterzeichnenden (Alterswohnungen im neuen Ortskern) nicht abzuschreiben.

Heiri Niederberger (CVP)

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Postulat Nr. 554/2005 von Urs Hediger, CVP: Betagtenwohnungen im Horwer Zentrum

Rita Sommerhalder
(CVP)

Auch hier ist die GPK aus dem vorher erwähnten Grund einstimmig dagegen, das Postulat abzuschreiben.

Die GSK hat dieselbe Meinung. Das hat einen kausalen Zusammenhang mit dem Postulat Haessig und soll deshalb nicht abgeschrieben werden.

Jörg Conrad (SVP)

Abstimmung:

Anträge der GPK und der GSK, das Postulat Nr. 554/2005 von Urs Hediger, CVP (Betagtenwohnungen im Horwer Zentrum) nicht abzuschreiben.

Heiri Niederberger
(CVP)

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Postulat Nr. 620/2010 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Buslinienverlängerung der Linie 4 bis Zihlmattweg / Kreisel Horwerstrasse

Urs Rölli (FDP)

Bei der Haltestelle Zihlmattweg ist bereits eine erhöhte Frequenz (Linie 20) aufgrund der Bauerei in der Umgebung wahrzunehmen. Weiter ist jetzt auch bei der Verzweigung Grüneggstrasse/Zihlmattweg eine Sportakademie geplant, wo auch eine Linienverlängerung zustande käme.

Ich bitte den Gemeinderat ins Auge zu fassen, nicht nur bis zum Kreisel Zihlmattweg, sondern evtl. auch bis Mattenhof (Haltestelle S-Bahn) eine Verlängerung in Betracht zu ziehen.

Postulat Nr. 626/2011 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Papierfreie Rechnungen der Gemeinde Horw – der Umwelt zuliebe

Urs Rölli (FDP)

Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort und die entsprechende Analyse. Es ist erfreulich, dass E-Rechnungen eingeführt werden sollen. Bei den Wasserrechnungen, die man nicht zusammenfassen möchte, weiss ich nicht, ob man zwischen einmal oder zweimal jährlich unterscheiden müsste.

Nicht konsequent ist hingegen, dass der Vorstoss abgeschrieben wird obwohl noch nichts eingeführt und umgesetzt ist.

Postulat Nr. 629/2011 von Thomas Zemp, CVP, und Mitunterzeichnenden: Kompetenz zum Erlass von Verkehrsanordnungen

Thomas Zemp (CVP)

Es scheint fast ein Plädoyer, das die Arbeit der zuständigen Gruppe vom vif rechtfertigt. Es wird einem auch ein wenig Angst gemacht, was alles passieren würde, wenn man das einmal selber machen würde, weil es enorm schwierig ist und fast keine Weiterbildungsmöglichkeiten gibt.

Am Beispiel der Kreuzmattstrasse kann ich aber feststellen, dass sich offenbar etwas geändert hat und man jetzt in der Lage ist, auch einmal mit einfachen Massnahmen eine Tempo 30-Zone zu machen und wenn das weiterhin so bleibt, kann man gerne weiterhin mit dem vif zusammenarbeiten, wenn sie das jetzt auch eingesehen haben. Wenn das nicht der Fall ist und man zu einem anderen Schluss kommen müsste, werde ich das Postulat wieder einreichen oder allenfalls eine Motion machen.

Postulat Nr. 627/2011 von Rita Wyss, L2O, und Mitunterzeichnenden: Verkehrssicherheit in Kastanienbaum muss gewährleistet sein

Jürg Luthiger (CVP)

Die BVK schlägt aus folgenden Gründen vor, das Postulat abzuschreiben:
An unserer Sitzung hat Frau Bernasconi die Ausführungen des B+A noch verdeutlicht. Es liegen neue Erkenntnisse vor, die uns zu dem Schluss bringen, dass vom Gemeinderat betreffend den Anforderungen in der Zone genügend geleistet wurde. Wir sind überzeugt, dass dort ein Fussgängerstreifen nicht viel bewirkt. Es ist aufgezeigt, dass an der Kastanienbaumstrasse verschiedene Kriterien für die Realisation eines Fussgängerstreifens in der Tempo 30-Zone nicht erfüllt sind und wir sind deshalb dafür, das Postulat abzuschreiben.

Nach den vorliegenden Informationen der BVK kann dem Fussgängerstreifen keine sicherheitsrelevante Bedeutung nachgewiesen werden. Die GSK ist einstimmig der Auffassung, das Postulat abzuschreiben.

Jörg Conrad (SVP)

Die L2O stellt den Antrag, das Postulat noch nicht abzuschreiben, damit man die Situation dort weiter beobachten kann. Die Informationen, die die BVK in der Zwischenzeit erhalten hat, sind auch noch nicht allen zugänglich. Es geht bei dem Postulat um die jüngsten Verkehrsteilnehmer und diese müssen wir im Auge behalten.

Rita Wyss (L2O)

Es haben noch nicht alle von Ihnen die Informationen, denn diese lagen damals noch nicht vor. In der Beantwortung steht, dass wir im September 2012 die Erfolgskontrolle durchführen und das ist mittlerweile auch geschehen.

Manuela Bernasconi (CVP)

Kastanienbaumstrasse:

Im Jahr 2007 wurde eine Kontrolle durchgeführt, bei der 1'439 Fahrzeuge gezählt wurden, 2012 lag das Verkehrsaufkommen bei 1'561 Fahrzeugen, d.h. die Verkehrsmenge hat sich in der Zeit um rund 100 Fahrzeuge erhöht. In der Zwischenzeit war man noch vor dem Verwaltungsgericht, um die Massnahme überhaupt einführen zu können. Beim V85 werden von der bfu als Wirkungsziel 38 km/h empfohlen. Dieser statistische Kennwert bezeichnet diejenige Geschwindigkeit, welche von 85 % der Fahrzeuglenkenden eingehalten bzw. von 15 % überschritten wird. Bei einer Geschwindigkeit von 37 km/h auf der Kastanienbaumstrasse ist dieses Ziel erreicht. Durch die Signalisation der Tempo 30-Zone konnte das Geschwindigkeitsniveau generell um ca. 11-14 km/h gesenkt werden. Die gemessene Maximalgeschwindigkeit betrug 68 km/h (in einer Samstagnacht), das war aber ein Einzelfall.

Kreuzmattstrasse:

2007 wurden 469 Fahrzeuge gezählt und 604 im Jahr 2012. Die Verkehrsmenge ist also um 140 Fahrzeuge höher. Die Kreuzmattstrasse ist relativ breit und wir haben mit den markierten Parkfeldern eine einfache Massnahme vorgenommen. Das Wirkungsziel ist gemäss V85 mit 32 km/h aber sehr gut. Durch die Signalisation konnte man also 17-18 km/h reduzieren. Die gemessene Maximalgeschwindigkeit betrug 56 km/h (Einzelergebnis).

Fazit:

Die gesetzten Zielsetzungen wurden grundsätzlich erreicht. Die positive Entwicklung aus dem Massnahmenpaket in der Tempo 30-Zone hat zum Ziel geführt; das angestrebte Wirkungsziel wird eingehalten. Man hat auch festgestellt, dass dort vor allem siedlungsorientierter Verkehr herrscht, der bei der Erfolgskontrolle sehr positiv abschneidet. Dadurch sind auch keine weiteren Massnahmen erforderlich.

Zusätzlich wurden auch Videoaufnahmen gemacht, die das Verkehrsverhalten aufzeigen. Zudem bin ich mit dem Elternteam Kastanienbaum in Kontakt und habe Ihnen die Erkenntnisse auch bereits vorgestellt. Auch die Schulleitung war involviert. Es sind keine Vorkommnisse bekannt und es scheint, dass die Kinder die Temporeduktion und das neue Verhalten gut angenommen haben. Eine längere Besprechung hatte ich auch mit dem Verkehrsinstruktor, der die Kinder auf die Tempo 30-Zone vorbereitet. Er ist ganz klar der Ansicht, dass die sich so präsentierende Situation genügt und dass er die Kinder schult, ob ein Fussgängerstreifen vorhanden ist oder nicht, damit sie lernen, wie man die Strasse richtig überquert.

Abstimmung:

Anträge der BVK und der GSK, das Postulat Nr. 627/2011 von Rita Wyss, LZO (Verkehrssicherheit in Kastanienbaum muss gewährleistet sein) abzuschreiben.

Dem Antrag wird mit 19:5 Stimmen zugestimmt.

Heiri Niederberger
(CVP)

Postulat Nr. 630/2012 von Matthias Bucheli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Reduzieren dank Investieren – Sparen mit LED-Beleuchtung

Rita Sommerhalder
(CVP)

Im B+A sind die Datumsangaben falsch. Das Postulat ist am 7. Februar 2012 eingegangen und wurde am 26. April 2012 angenommen.

Einer knappen Mehrheit der GPK reichen die Abklärungen und auch die Ausführungen von Manuela Bernasconi noch nicht. Deshalb ist die GPK dagegen, das Postulat abzuschreiben.

Abstimmung:

Antrag der GPK, das Postulat Nr. 630/2012 von Matthias Bucheli, FDP, und Mitunterzeichnenden (Reduzieren dank Investieren – Sparen mit LED-Beleuchtung) nicht abzuschreiben.

Nach Stimmengleichheit von 12:12 Stimmen in der 1. Abstimmung, wird der Antrag in der 2. Abstimmung mit 12:13 Stimmen abgelehnt und das Postulat somit abgeschrieben.

Heiri Niederberger
(CVP)

Postulat Nr. 631/2012 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Anbindung Bahnhof Horw an das Normalspurnetz der SBB für Personenzüge

Rita Sommerhalder
(CVP)

Der Antrag des Gemeinderates, das Postulat abzuschreiben, wird von der GPK abgelehnt. Ich muss aber zugeben: Das war kein GPK-Thema, deshalb sind nur ganz wenige dagegen, das Postulat abzuschreiben.

Hauptnutzen des Vorstosses ist die Möglichkeit von direkten Normalspurzügen ab Horw in Richtung Zug, Sursee, Wolhusen, Hochdorf, Arth-Goldau je nach Fahrplankonstellation. Das ist für Horw eine einmalige Gelegenheit, da die Infrastruktur schon vorhanden ist.

Urs Rölli (FDP)

In der Antwort steht etwas vom Tiefbahnhof, dieser hat aber keine Relevanz. Ein weiterer Punkt ist, dass der Umbau der Zentralbahn im Bahnhof Luzern noch nicht abgeschlossen ist. Dort wird nach der Umstellung die Rampe abgebrochen und dann wird vom Brünigdepot her Richtung Bahnhof die ganze Gleisanlage in einer Doppelspur neu verlegt. Ich bitte den Gemeinderat, abzuwarten bzw. bei den richtigen Stellen nachzufragen, ob dort nicht auch eine Weiche geplant ist, die direkt in den Hauptbahnhof führt und nicht nur in den Güterbahnhof. Da der Abschluss noch nicht so weit ist, stelle ich den Antrag, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Da zeigt sich allgemein eine gewisse Problematik mit dem Abschreiben von Postulaten im Bericht und Antrag der unerledigten Geschäfte. Ich bin auch der Meinung, dass es sich gut ansteht, wenn man die Geschäfte abhandeln kann. Das ist effizient, aber nur, wenn sie in dem B+A auch adäquat behandelt wurden. Wir haben sehr gute Beispiele, bei denen man sieht, dass eine ausführliche Beschäftigung damit erfolgt ist. Aber ein Postulat mit elf Zeilen abzutun, erscheint mir jetzt doch ein wenig zu billig. Ich habe nichts gegen das Prinzip, aber man muss abwägen, wann man das anwenden kann und in welchem Fall das zu knapp ist. In dem Sinn befürworte ich auch, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Konrad Durrer (L20)

Die Frage war nicht an mein Departement gerichtet, wir haben das aber im Rahmen der Umgestaltung des Bahnhofplatzes bereits 2010 geprüft. Damals wurde gesagt, dass das eine grosse Attraktivitätssteigerung wäre, im Moment aber noch keine Chance auf eine Realisierung hätte. Der Verkehrsverbund hat mir dann die Antwort gegeben, dass die Normalspürzüge nach Horw zwar eine Vision sind, aber im Moment nicht angedacht. Sie wissen, dass das eine sehr grosse Investition ist, die im Moment schwer umsetzbar ist, weil das Gleis, das wir haben, nur auf einer Seite gemacht ist, dies müsste aber doppelspurig ausgebaut werden. Es heisst, dass "das Dreischienengleis nur in eine Richtung eingebaut ist und Haltestellen nicht auf solche Züge ausgerichtet seien. Offen sei zudem die betriebliche Frage, ob Normalspürzüge in dem dichten Viertelstundentakt überhaupt nach Horw geführt werden können". Meine Diskussionen, die ich mit dem Direktor der Zentralbahn führe, geht genau in die gleiche Richtung, dass das im Moment einfach noch nicht möglich ist. Dass das Zukunftsmusik ist bestreitet niemand, ich frage mich einfach, ob es sinnvoll ist, Postulate, die im Moment wirklich nicht zu einem Abschluss geführt werden können, im B+A der unerledigten Geschäfte aufzuführen. Die Idee ist bereits eingebracht, die Studien sind alle bei den entsprechenden Personen hinterlegt und von daher bin ich der Meinung, dass wir in der Angelegenheit sehr viel gemacht haben.

Manuela Bernasconi (CVP)

Es geht nicht darum, auf der ganzen Strecke ein neues Gleis einzubauen, sondern dass man auf einem Gleis mit den Normalspürzügen fahren kann. Das ist möglich, das einzige Problem wäre der Bahnhof Mattenhof, bei dem man dann nur auf einem Perron einsteigen könnte. Im neuen Tiefbahnhof Allmend ist es kein Problem, denn dort ist ein Mittelperron und in den Bahnhöfen Luzern und Horw wäre es auch kein Problem. Mich stört einfach, dass man eine relativ kurze Antwort gibt, obwohl der Umbau noch nicht einmal abgeschlossen ist. Damit man ein Zeichen für den öffentlichen Verkehr setzt würde ich es gut finden, wenn das Postulat sicher noch ein Jahr pendent gehalten wird.

Urs Rölli (FDP)

Das älteste Postulat ist aus dem Jahr 1997 und deshalb kann man auch diesem Postulat eine gewisse Wertschätzung geben. Der Vorstoss wurde erst im März 2012 eingereicht und ich fände es recht zügig, wenn es schon wieder abgeschrieben würde. Die Worte von Frau Bernasconi haben auch einen Handlungsspielraum offen gelassen und darum unterstütze ich den Antrag, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Ruth Strässle-Erisman (FDP)

Abstimmung:

Antrag der GPK, das Postulat von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden (Anbindung Bahnhof Horw an das Normalspurnetz der SBB für Personenzüge) nicht abzuschreiben.
Dem Antrag wird mit 17:7 Stimmen zugestimmt.

Heiri Niederberger (CVP)

Postulat Nr. 633/2012 von Markus Bider, CVP, und Mitunterzeichnenden: Optimierung der Förderungsmassnahmen für erneuerbare Energien

Rita Sommerhalder (CVP)

Eine knappe Mehrheit der GPK ist der Meinung, dass für diesen Vorstoss genügend Abklärungen und Erklärungen vorliegen und stellt den Antrag, das Postulat abzuschreiben.

Es ist mir nicht ganz klar, wie die GPK zu dieser Folgerung kommt. Das Postulat wurde im Juni überwiesen und jetzt soll es abgeschrieben werden, obwohl in der Zwischenzeit nichts passiert ist. Es gibt also keinen Grund, das Postulat abzuschreiben.

Markus Bider (CVP)

Bei dem Postulat geht es darum, öffentliche Fördermittel effizient einzusetzen. Effizient sind sie nicht eingesetzt, wenn man etwas fördert, das ohnehin gemacht würde und das ist meiner Meinung nach bei den Photovoltaikanlagen gegeben. Unter den verschiedensten Technologien zur ökologischen Energiegewinnung bevorzugt das Fördermodell in Horw eine spezielle Technologie. Dafür gibt es überhaupt keinen Sinn und es ist ökonomisch nicht sinnvoll, sich auf eine bestimmte Technologie festzusetzen. Schliesslich entnehme ich der Antwort des Gemeinderates, dass man das mit dem Budget diskutieren könnte. Damit bin ich im Prinzip einverstanden, allerdings habe ich bei der Durchsicht von gestern bis heute nicht geschafft, im Budget herauszufinden, wo es budgetiert ist. Nachdem es im Budget gar nicht erwähnt ist, kann man es dann auch nicht diskutieren. Die Antwort des Gemeinderates finde ich ein wenig irreführend. Im Mindesten hätte ich dann noch erwartet, dass es im Budget explizit erwähnt ist, damit man es bei der Beratung aufgreifen kann.

Ich wehre mich dagegen, wenn man sagt, man habe nichts gemacht. Sie haben uns ein Postulat zur Prüfung überwiesen. Wir haben das zusammen mit der Umwelt- und Energiekommission (UEK) geprüft, sind noch einmal über die Bücher gegangen und nach der Prüfung der Meinung, dass das jetzige System sinnvoll ist. Wir beobachten den Markt und legen das Förderprogramm jedes Jahr neu fest. 2014 scheint sich auch beim Bund eine Änderung anzuzeigen und wir haben ja bereits gesagt, dass wir keine Doppelförderungen möchten. Uns steht nur ein sehr kleiner Förderbeitrag zur Verfügung und wir haben darum das Programm so ausgerichtet.

Manuela Bernasconi (CVP)

Unsere Prüfung hat ergeben, dass wir mit dem Förderprogramm so weitermachen möchten wie bisher. Bei der Budgetberatung können Sie die Frage stellen, so dass ich dann genau sagen kann, wo das enthalten ist und der Rat hat dann die Gelegenheit, den Förderbetrag festzulegen.

Sie sind materiell auf die Punkte "Mitnahmeeffekt" und "individuelle Technologien" in Ihrer Antwort nicht eingegangen.

Markus Bider (CVP)

Abstimmung:

Antrag der GPK, das Postulat Nr. 633/2012 von Markus Bider, CVP, und Mitunterzeichnenden (Optimierung der Fördermassnahmen für erneuerbare Energien) abzuschreiben.

Der Antrag wird mit 12:13 Stimmen abgelehnt.

Heiri Niederberger (CVP)

Abstimmung:

1. **Das Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite wird einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.**
2. **Die Motion Nr. 252/2004 wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.**
3. **Mit 25:1 Stimme werden die Postulate Nrn. 474/2000, 579/2006, 622/2010, 626/2011, 627/2011, 629/2011 und 630/2012 als erledigt abgeschrieben.**

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1490 wird einstimmig zugestimmt.

4. Informationen aus der Bürgerrechtsdelegation durch deren Präsidentin

Die Bürgerrechtsdelegation hat die Kompetenz, abschliessend über die Einbürgerungsgesuche in der Gemeinde Horw zu entscheiden. Darum wird der Einwohnerrat einmal pro Jahr über die Geschäfte, die in der Bürgerrechtsdelegation getätigt worden sind, informiert.

Rita Wyss (L20)

Am Informationskurs, den alle Gesuchstellenden besuchen müssen, haben im letzten Amtsjahr 15 Personen teilgenommen. Die einbürgerungswilligen Personen setzen sich an vier Kursabenden mit den Themen Bund, Kanton, Gemeinde Horw, Lebensgewohnheiten, Sitten und Bräuche und mit der persönlichen Integration auseinander. Der Kurs wird jeweils von der Caritas organisiert. Nach dem Kurs findet mit dem zuständigen Gemeinderat und mit dem Zivilstandsbeamten ein Gespräch statt. Anschliessend wird zuhänden des Gesamtgemeinderates eine Aktennotiz verfasst und der Gemeinderat entscheidet dann, ob ein B+A zuhänden der Bürgerrechtsdelegation erstellt wird. Mitglieder der Bürgerrechtsdelegation haben dann den Auftrag, die Gesuche eingehend zu prüfen. Nach dem Gespräch müssen die Gesuchstellenden einen Fragebogen mit 20, nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Fragen beantworten. Der ausgefüllte Fragebogen gibt einen ersten Einblick in das politische Wissen der Personen und zugleich sieht man auch deren Sprachkompetenz. Anschliessend werden die Personen von der Bürgerrechtsdelegation zu einem Gespräch eingeladen, in dem u.a. das Wissen abgefragt wird. Danach wird definitiv entschieden und bei einer positiven Entscheidung das Gesuch zum Kanton und zum Bund weitergeleitet. Alle zwei Jahre findet ein Apéro in einem feierlichen Rahmen statt, das letzte Mal im November 2011.

Im vergangenen wurden 29 Berichte und Anträge für 46 gesuchstellende Personen behandelt, d.h. es waren einige Familien und Ehepaare darunter.

Im Berichtsjahr wurden 42 Personen eingebürgert, das Gesuch einer Person wurde sistiert, Negativentscheide gab es keine. Von einem Gesuch, das drei Personen umfasst, wurde eine Person eingebürgert, das Gesuch für die anderen Personen wurde zurückgezogen.

Von den eingebürgerten Personen stammen 14 aus Deutschland, 6 aus Bosnien, 6 aus Serbien, 3 aus dem Kosovo, 3 aus Kroatien, 2 aus Italien, 2 aus dem Irak, 1 aus Angola und je 1 Person aus China, dem Iran, den Niederlanden, Portugal und Spanien. Von den 42 Personen sind 12 Personen bereits in der Schweiz geboren worden.

Im Moment sind 31 Berichte und Anträge in Vorbereitung. Ein weiterer Informationskurs findet im Herbst statt.

Die Bürgerrechtsdelegation trägt eine sehr grosse Verantwortung und es ist unser Ziel, die Gespräche in einer offenen, wertschätzenden Art zu führen und alle gleich zu behandeln. Wir erwarten aber auch, dass die Gesuchstellenden über das geforderte Wissen verfügen und sich entsprechend vorbereiten.

5. Motion Nr. 273/2012 von Marcel Zimmermann, SVP, und Mitunterzeichnenden: Sanierung des Rad- und Gehweges Kastanienbaumstrasse (Abschnitt Buholz bis Schwanden)

Am 23. September hat das Horwer Stimmvolk eine Strassensanierung als zu teuer eingestuft und ist unserer Argumentation sehr deutlich gefolgt. Das Abstimmungsresultat ist praktisch identisch mit dem der Kastanienbaumstrasse. Das Thema ist damit aus unserer Sicht aber nicht erledigt. Wir haben im Abstimmungskampf klar betont, dass wir den Rad- und Gehweg wollen und darum haben wir jetzt die Motion eingereicht. Es soll ein Rad- und Gehweg erstellt werden, auf dem Fussgänger und Velofahrende problemlos kreuzen können. Falls notwendig, sollen die Wasserleitungen erneuert werden. Für die vbl-Busse können mit einfachen Massnahmen zwei bis drei Ausweichstellen realisiert werden. Der Gemeinderat hat bei den letzten Abstimmungen ein paar Mal verloren. Das Volk will den Schuldenberg nicht weiter durch überdimensionierte Projekte erhöhen. Der Vorstoss soll eine sanfte Strassensanierung, die im Einwohnerrat mehrheitsfähig ist, ermöglichen. Das Risiko einer Volksabstimmung mit ungewissem Ausgang wird durch tiefere Kosten sicher ausgeschlossen.

Marcel Zimmermann
(SVP)

Die Forderungen des Motionärs stellen eine gangbare Lösung dar. Für den Gemeinderat ist aber wichtig, dass das Projekt aufwärtskompatibel sein muss, so dass man sich jetzt nichts verbaut, wenn die Strasse in Zukunft einmal saniert werden muss. Nach einem ersten Blick sind wir der Meinung, dass der Rad- und Gehweg inklusive der Wasserleitung gemäss dem bestehenden Bauprojekt realisiert werden könnte. Diskussionen haben die Ausweichstellen ausgelöst, die der Motionär möchte. Wir sind der Meinung, dass die Strasse, wie sie sich heute präsentiert, schnell einmal zu breit wird. Es wird niemand irgendwo an einer Ausweichstelle warten, damit zwei Fahrzeuge kreuzen können. Wenn der Motionär sich vorgestellt hat, dass man wie bei einer Alpstrasse in einer Bucht zum Kreuzen warten muss, dann müsste man die Strassenbreite verringern. Wir könnten uns vorstellen, dass man auf einer Länge von ca. 80 m Strassenaufweitungen macht, so dass man kreuzen kann und wenn das auch vom Motionär so gedacht ist, könnte man die Motion vollumfänglich entgegennehmen. Wenn der Motionär Busbuchten meint, würden wir die Motion nur teilweise entgegennehmen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Die Motion würde geschätzte Planungskosten von 15'000 bis 20'000 Franken auslösen, da das bestehende Projekt abgeändert werden müsste. Die Ausführungskosten würden, ohne Wasserleitung und Beleuchtung, ca. 500'000 bis 600'000 Franken kosten. Das Projekt müsste neu aufgelegt werden.

Herr Zimmermann, sind Sie mit der Interpretation der Motion einverstanden?

Heiri Niederberger
(CVP)

Ich kann damit gut leben. Nach den Ausführungen von Frau Bernasconi kann das ein gutes und kostengünstiges Projekt werden.

Marcel Zimmermann
(SVP)

Ich verlange Diskussion.

Thomas Zemp (CVP)

Was ist sinnvoll? Was ist Luxus? Wer kann diese Frage beantworten? Am besten wohl jene Leute, welche die letzten Strassenprojekte in der Öffentlichkeit als "übereissene und luxuriöse Strassensanierung auf Pump" bezeichnet haben.

Um weiteren Planungsleichen vorzubeugen, braucht es klare Vorgaben. Ich möchte deshalb von der SVP-Fraktion verbindlich wissen:

- Wie soll die Verkehrsführung für Velos aussehen? Bergseitig? Talseitig?
- Gibt es einen gemischten Rad- und Gehweg, allenfalls mit Gegenverkehr der Velos?
- Daraus abgeleitet: Wie breit muss der Gehweg, oder eben der Rad- und Gehweg sein?
- Was darf dieser Weg kosten, damit er später nicht als Luxus-Sanierung bezeichnet wird?

Aus meiner Sicht wurde das letzte Projekt hauptsächlich deshalb abgelehnt, weil es auch die Sanierung des Knotens Buholz beinhaltete. Das war wohl der grösste Stein des Anstosses. Ich muss hier selbstkritisch feststellen, dass damit die Mehrheit des Einwohnerrates das Fuder überladen hatte. Im Nachhinein betrachtet ist das schade. Nach meiner Auffassung gibt es nur eine sinnvolle Lösung: Nämlich die Erweiterung der Strasse auf 6 m, ausgestaltet als Kernfahrbahn mit zwei aufgemalten Radstreifen und die Sanierung des abgesetzten Fussweges, ausgestaltet als reiner Fussweg, ohne Radverkehr. Velos gehören auf die Strasse. Punkt. Für mich stellt sich die Frage, ob es schlau ist, wenn wir jetzt einen überdimensionierten Fuss- und Radweg bauen und dann später, wenn die Strasse einmal saniert wird, die Velos wieder auf die Strasse bringen. Die Strasse als solches braucht eine Breite von 6 m, damit die Busse kreuzen können und es wäre schlau, wenn man dann auch zwei Radstreifen markiert.

Ich komme zurück auf meine Fragen und möchte von der SVP gerne wissen, wie sie sich die Führung vom Radverkehr vorstellt, wie breit der Weg werden soll und was er kosten darf.

Ich empfehle, die Motion in der jetzigen Form nicht zu überweisen. Es steht darin klar, dass ein neues Projekt zur Sanierung des Rad- und Gehwegs vorzulegen ist. Es steht darin nichts von einer sanften Strassensanierung, es geht nur darum, den Rad- und Gehweg zu sanieren. So wird ein Flickwerk entstehen. Es ist auch unklar, da bin ich mit Herrn Zemp einig, wo der Radstreifen eigentlich hinkommt, vor allem der in Richtung Kastanienbaum. Es ist kaum ein Beitrag zur Sicherheit, wenn man gar nicht mehr weiss, wo man mit dem Velo fahren muss. Ferner können wir mit dem dritten Abschnitt gar nicht leben, dass man jetzt noch Busbuchten machen will, genau das würde die Sache nämlich verteuern, das haben wir schon diskutiert, als wir den B+A behandelt haben. Ich bin auch mit Herrn Zemp einig, dass es nicht klar ist, dass das Volk nur eine Sanierung des Rad- und Gehweges möchte, wie das in der Motion suggeriert wird, sondern vielleicht lag es wirklich daran, dass die Sanierung des Kreisels Buholz das Fuder überladen hat. Wir erwarten ein Gesamtkonzept und können die Motion so nicht überweisen.

Konrad Durrer (L20)

Ich möchte auch Herrn Zemp Recht geben. Die SVP ist für mich auch nicht so glaubwürdig, jetzt mit dem Vorstoss zu kommen und wieder Kosten auszulösen. Wir haben Planungsberichte im Einwohnerrat und diese werden zum Teil nicht recht wahrgenommen. Man muss bei deren Behandlungen dem Gemeinderat aber ganz klar Aufträge erteilen, die dann umgesetzt werden müssen. Beim Knoten Buholz war es so, dass wir diesen nicht wollten. Das wurde auch so überwiesen und trotzdem hat ihn der Gemeinderat wieder gebracht. So etwas darf nicht passieren.

Urs Rölli (FDP)

Da sind noch ein paar Details, die man sicher klären muss. Ich weiss nicht mehr, welche Breite in dem Projekt vorgesehen war, aber der Zweck der Motion ist, dass ein Projekt aufgegleist wird, das einzig und allein den Radweg resp. den Fussgängerweg betrifft mit der Präzisierung betreffend den vbl-Bussen, wie Frau Bernasconi gesagt hat. Wir können jetzt nicht einfach das gleiche Projekt, ohne den Knoten Buholz noch einmal bringen. Das Projekt wurde nicht nur deswegen abgelehnt, sondern auch darum, weil die Strasse zu breit geworden wäre.

Marcel Zimmermann
(SVP)

Bei der St. Niklausenstrasse haben wir einen reinen Fussweg vorgesehen und dann spricht man von einer Breite von 1.60 m. Auf der Kastanienbaumstrasse hatte mein einen gemischten Rad- und Gehweg mit einer Breite von 2.20 m vorgesehen. Jetzt die Frage an Sie: Möchten Sie dort den Radverkehr im Gegenverkehr führen oder nicht? Machen Sie das so wie im Stutz, wo der Radverkehr einseitig ist? Dann können wir von einer Breite von 2.20 m reden, dann haben Sie aber keine gute Lösung, weil die Velos auch von der anderen Seite kommen und sie kommen immer genau auf der Seite, wo man sie nicht erwartet. Sie fahren nämlich links auf dem Radstreifen und wenn Velos entgegenkommen wissen Sie nicht, ob Sie rechts fahren sollen, weil wir Rechtsverkehr haben, oder ob Sie auf dem Radstreifen bleiben und der andere auf das Trottoir soll. Bei dem, was Sie wollen, gibt es keine saubere Lösung. Sie suggerieren, dass man für wenig Geld den Rad- und Fussgängerverkehr sauber lösen könnte. Dann heisst das aber, dass Sie dort einen Fussweg und einen Radweg bauen mit Gegenverkehr und dann sprechen wir nicht mehr von 2.20 m, sondern dann braucht es ca. 3.00 m und dann kostet es auch ein Stück mehr. Und dann wollen wir einmal schauen, ob das schlaue ist, denn dann sagen die gleichen Leute wieder, dass es verrückt sei, so einen breiten Radweg zu bauen. Sie müssen jetzt Stellung beziehen, wie Sie den Verkehr führen möchten und wenn Sie es nicht wissen, müssen wir kein Projekt machen.

Thomas Zemp (CVP)

Ich weiss nicht, ob Herr Zimmermann weiss, wie viele Busse dort kreuzen. Es sind am Tag 16 Busse, es sind aber noch andere Fahrzeuge, wie Lastwagen, und das sind vermutlich mehr als 16 pro Tag. Die vbl-Busse haben Funk und sprechen sich ab, wo sie aufeinander warten, die Lastwagen hingegen haben das nicht.

Urs Rölli (FDP)

Die FDP-Fraktion ist davon ausgegangen, dass man den Rad- und Gehweg aus dem bestehenden Projekt, das jetzt vom Volk abgelehnt wurde, projektiert, damit man evtl. in einer späteren Phase die Strasse auch so machen könnte. Zunehmend gehen immer mehr Kinder aus dem Felmis-Gebiet nach Kastanienbaum und das Hin und Her mit dem Gegenverkehr und auf welcher Seite die Velos fahren sollen, die Diskussion hätte schon längstens geführt sein sollen.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Es wurde mehrfach gesagt, dass die Idee vielleicht gut gemeint, aber noch nicht ganz gut ausgegoren wurde von der SVP. Ich möchte auch noch einen weiteren Punkt zu bedenken geben. In der Motion ist von zwei bis drei Ausweichstellen die Rede; ob zwei oder drei, wissen wir nicht. Frau Bernasconi hat gesagt, es kostet etwa 1 Mio. Franken und ich denke, in dem Zusammenhang wäre es wichtig zu wissen, wie gut die Ausweichstellen ausgeführt wären. Wenn man nämlich einfach ein wenig Teer ausbringt, dann ist es möglicherweise billig, wir haben dann einfach das Problem, dass wir jedes Jahr die Strasse reparieren müssen und das ist auch nicht der Sinn der Sache. Wenn man es richtig macht, kostet es schnell einmal mehr als 1 Mio. Franken.

Markus Bider (CVP)

Die ganze Strecke ist ca. 600 m lang und es ist mir schleierhaft, wie man auf die Idee kommen kann, dass zwei bis drei Ausweichstellen nötig sind auf einer Strecke, die völlig übersichtlich ist.

Für mich ist die Frage, wie detailliert wir selber ein Strassenprojekt vorlegen sollen. Bei der Abstimmungskampagne wurde von uns kolportiert, dass man versuchen kann, eine schonende Sanierung des Rad- und Gehweges vorzunehmen und einige Ausweichstellen zu machen. Das detaillierte Projekt können Sie von uns sicher nicht verlangen und der Gemeinderat war im Übrigen auch bereit, die Motion entgegenzunehmen. Man kann uns auf der Basis sicher ein Projekt vorlegen und dann die Details besprechen und es ist sicher nicht notwendig, bei der Frage, ob die Motion überwiesen werden soll, so detailliert über das Thema zu reden.

Astrid David Müller
(SVP)

Frau Strässle, das bestehende Projekt ist nur ein Teil, d.h. wenn wir das realisieren, haben wir nur einen Radweg von Kastanienbaum bis Buholz. Der andere Radweg war auf der Strasse vorgesehen und diesen wird es nicht geben, weil die Strasse nicht saniert wird. Dann wird es passieren, dass wir auf dem Rad- und Gehweg Veloverkehr in beide Richtungen haben. Wenn Sie das auf einem Streifen von 60 cm Breite möchten, ist es fahrlässig, das so zu bauen und das ist genau die Grundsatzfrage, die sie beantworten müssen. Sie müssen kein Projekt vorlegen, aber Sie müssen sagen, ob Sie beide Spuren auf dem Weg wollen und dann müssen Sie auch bei der Breite konsequent sein. Es funktioniert nicht, wenn Sie ein Trottoir von 1.00 m Breite bauen und nachher sagen, auf diesem machen wir alles. Dann machen wir lieber nichts und lassen alles so wie es ist, denn es wäre schade um das Geld.

Thomas Zemp (CVP)

Die Ausweitungen würden natürlich nicht so gemacht, wie es bei der Gesamtsanierung vorgesehen war. Für uns ist wichtig, dass man eine nachhaltige Sanierung macht, nach der man dann wieder jahrelang nichts machen muss.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Zum Votum von Herrn Röllli ist zu sagen, dass wir Ihnen selbstverständlich damals auch den Knoten Buholz vorgelegt haben. Aber weil wir aus dem Planungsbericht gewusst haben, dass das umstritten ist, haben wir es Ihnen zur Wahl vorgeschlagen, d.h. wir haben gesagt, dass wir es sinnvoll finden würden, wenn man es miteinander macht. Sie hatten dort aber die Möglichkeit, das zu bodigen und dann ist es nicht richtig, einfach zu sagen, dass es der Gemeinderat überladen hätte. Thomas Zemp hat richtig gesagt, dass es der Rat so bestimmt hat.

Die vielen Voten haben gezeigt, dass den meisten Ratsmitgliedern nicht klar ist, was die Motion bewirken soll und ich habe das Gefühl, dass es auch die SVP nicht so genau weiss. Ich erinnere daran, dass es kein Resultat der Abstimmung war, sondern es war das Resultat, weil Herr Larcher in einer der letzten Einwohnerratssitzungen zu Frau Bernasconi gesagt hat, sie solle einmal etwas machen anstelle des abgelehnten Projektes und das ist jetzt die Gegeninitiative der SVP, dass man mal etwas gemacht hat. Es ist aber zu wenig konkret und ich möchte dem Einwohnerrat daher nahelegen, die Motion abzulehnen. Entweder wird sie allgemeiner gehalten, dass man einfach eine sanfte Sanierung von dem Projekt möchte, das vom Volk abgelehnt wurde, oder die SVP macht einen konkreteren Vorschlag.

Jürg Biese (FDP)

Angedacht war, dass man das Projekt mit dem Radweg macht, d.h. wenn dieser 2.20 m breit vorgesehen war, dann soll er 2.20 m breit sein. Der Weg ist vor allem für Schüler gedacht, die Richtung Dorf wollen.

Marcel Zimmermann
(SVP)

In der Motion heisst es, dass ein neues Projekt vorgelegt werden soll. Aber warum ist ein neues Projekt nötig? Dann kann man ja das alte bringen.

Reto Deschwanden
(CVP)

Man kann über ein detailliertes Projekt so diskutieren, aber nicht über die Motion. Es geht um den Schulweg vom Felmis nach Kastanienbaum und es ist sehr selten, dass dort ein wahnsinniger Verkehr ist. Darum denke ich, dass man die Motion als solches entgegennehmen kann. Die Botschaft ist klar, es geht um eine schonende Sanierung und der Gemeinderat hat signalisiert, dass dies auch möglich ist und wenn wir das Projekt dann haben, können wir noch einmal konkret darüber diskutieren.

Astrid David Müller
(SVP)

Genau das möchten wir nicht Frau David. Wir haben hier eine konkrete Motion und man erwartet, dass diese auch konkret behandelt wird. Es heisst, dass ein Rad- und Gehweg zu machen ist und Ausweichstellen und das reicht einfach nicht. Entweder wählt man eine allgemeine Formulierung, dann ist eine andere Motion nötig oder eine präzise Formulierung, dann führen wir halt schon die Detaildiskussion.

Konrad Durrer (L20)

Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen. Die einen haben Mühe mit der SVP, wir haben Mühe mit Meinungen der FDP und anderen Meinungen. In der Motion steht, dass der Gemeinderat ein neues Projekt in einer redimensionierten Form verfassen soll. Alles andere finde ich jetzt einfach überflüssiges Blabla.

Jörg Conrad (SVP)

Was ist Ihr Antrag Herr Conrad?

Heiri Niederberger
(CVP)

Der Antrag ist so, dass man die Motion entgegennimmt. Der Gemeinderat soll etwas Neues vorlegen in der Form, wie es in der Motion gewünscht wird.

Jörg Conrad (SVP)

Ich erinnere Sie daran, dass wir einen Antrag haben, die Motion nicht zu überweisen. Es kommt also zu einer Abstimmung.

Heiri Niederberger
(CVP)

Ich fände es schade, wenn die Motion abgelehnt wird. Vielleicht kann man das zurückstellen und als letzten Punkt noch einmal auf die Traktandenliste nehmen, dann kann die Motion von der SVP noch einmal neu formuliert werden.

Ruth Sträss-
le-Erismann (FDP)

Der Rad- und Gehweg ist etwas sehr Wichtiges und wenn man das jetzt wieder ablehnt und nicht überweist, dann passiert wieder nichts. Wir können das nicht einfach immer streichen und darum müsste man anregen, dass die SVP das ein wenig anders formuliert, so dass es mehrheitsfähig ist.

Vielleicht wäre es mehrheitsfähig, wenn man das Projekt ausführen würde, das wir vor einem halben Jahr beraten haben. Dieses war, mit Ausnahme vom Knoten Buholz, mehrheitsfähig. Wenn die Motion überwiesen wird, gibt es einen B+A für 15'000 bis 20'000 Franken und es muss ein neues Projekt ausgearbeitet werden. Dann wird es vorgelegt und es kann sein, dass Sie nachher wieder nicht zufrieden sind. Für mich ist eine zentrale Frage, ob Sie zufrieden wären, wenn der Rad- und Gehweg des alten Projekts umgesetzt wird. Ich glaube schon, dass das mehrheitsfähig wäre, aber wie die Diskussion jetzt gelaufen ist, bin ich nicht dafür, die Motion zu überweisen.

Reto Deschwanden
(CVP)

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es nicht möglich ist, die Motion zu ändern, so dass sie vielleicht mehrheitsfähig wäre. Man kann eine neue Motion formulieren, die Motion teilweise oder ganz zurückziehen oder in ein Postulat umwandeln. Wir müssen aber darüber abstimmen, ob die Motion, so wie sie jetzt vorliegt, überwiesen werden soll oder Sie können dem Antrag von Herrn Durrer zustimmen, die Motion nicht zu überweisen.

Heiri Niederberger
(CVP)

Die Forderung der Motion ist klar, und zwar sind das die drei Punkte

- Ausweichstellen, mit der von Frau Bernasconi ausgeführten Präzisierung
- Rad- und Gehweg
- Wasserleitungen.

Marcel Zimmermann
(SVP)

Für gewisse Personen sollte es allgemeiner sein und für gewisse Personen sollte es so sein, dass alles schon ganz konkret vorgegeben ist. Der grösste Teil des Rates ist damit einverstanden, dass man den Rad- und Gehweg machen würde und wenn man das Gefühl hat, das sei mit einem Postulat besser zu erreichen, dann kann ich auch damit leben.

Sagen Sie mir, ob Sie beide Spuren vom Rad- und Gehweg möchten, denn das ist das Entscheidende. Es geht einfach nicht Frau David, einen Radweg zu signalisieren und Gegenverkehr zuzulassen. Entweder Sie signalisieren einen Radweg, dann ist er einseitig und jeder, der in die andere Richtung fährt, ist illegal unterwegs oder Sie machen einen Rad- und Gehweg für beide Richtungen plus Fussgänger und dann sprechen wir von einer Breite von 2.80 m. Das müssen Sie sich einfach bewusst sein und die Antwort hätte ich von Ihnen erwartet. Sie sprechen immer nur von einem Rad- und Gehweg, aber ich weiss nicht, was Sie meinen. Wenn ich Ihre Motion lese, dann heisst es, Sie bauen einen neuen Weg für den Langsamverkehr, also Radweg in beide Richtungen und Fussgänger und das gibt ein Luxusprojekt, davon bin ich überzeugt.

Thomas Zemp (CVP)

Ist der Gemeinderat bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen?

Heiri Niederberger
(CVP)

Der Gemeinderat würde den Vorstoss auch als Postulat entgegennehmen. Wir haben gehört, wie Sie diskutiert haben und ich muss sagen, dass wir jetzt nicht so genau wissen, was wir machen müssten. Wir würden Ihnen einfach etwas vorschlagen, zu dem Sie dann in ein paar Monaten wieder sagen können, dass der Gemeinderat es falsch gemacht hat.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Die Ausweichstellen sind u.E. ein Kostentreiber. Zu diesen können wir nicht stehen und so würden wir das auch als Postulat nicht wünschen. Mit dem Rest könnten wir uns einverstanden erklären.

Konrad Durrer (L2O)

Ist das ein Antrag, dass Sie das Postulat nicht überweisen möchten?

Heiri Niederberger
(CVP)

Ja, ich stelle den Antrag, das Postulat nicht entgegenzunehmen.

Konrad Durrer (L2O)

Abstimmung:

Dem Antrag von Herrn Durrer, das Postulat nicht zu überweisen, wird mit 11:8 Stimmen zugestimmt.

Heiri Niederberger
(CVP)

6. Postulat Nr. 635/2012 von Ruth Strässle-Erismann, FDP, und Mitunterzeichnenden: Familienbetreuung

Überall wird Kinderbetreuung gross geschrieben. Vor der Schule, über den Mittag, nach der Schule, fast Tag und Nacht. Ich konnte feststellen, dass Familienbetreuung durch Tagesmütter/Tagesväter rückläufig ist. Ausgerechnet die "normalste" Betreuungsform, bei der auch die Infrastruktur bereits vorhanden ist. Mir ist es ein Anliegen, dass geprüft wird, wie die Betreuungsform "Tagesmütter/Tagesväter" mehr unterstützt werden kann, wobei dies keine Konkurrenz zu den bereits bestehenden Angeboten sein soll.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Der Gemeinderat stellt fest, dass das Postulat eher ein Vorstoss ist, der als Interpellation ausgelegt werden müsste. Nach Ihrer Geschäftsordnung ist es nicht möglich, das Postulat in eine Interpellation umzuwandeln, der Gemeinderat ist aber bereit, das Postulat im Sinne einer Interpellation zu beantworten. Als Postulat ist der Gemeinderat nicht bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen.

Oskar Mathis (L20)

Frau Strässle, sind Sie einverstanden, dass das Postulat in Form einer Interpellation beantwortet wird?

Heiri Niederberger (CVP)

Nein, eine Interpellation hat mir zu wenig Gewicht, ich möchte, dass das wichtige Thema tiefgründiger angeschaut wird.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Als Postulat müsste der Gemeinderat einen klareren Auftrag erhalten. Der Auftrag aus dem Postulat ist aber nur, Fragen zu beantworten.

Oskar Mathis (L20)

Ich halte am Postulat fest.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

**Abstimmung:
Das Postulat Nr. 635/2012, Familienbetreuung, wird mit 10:6 Stimmen überwiesen.**

Heiri Niederberger (CVP)

7. Fragestunde

8. Postulat Nr. 636/2012 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Zurückschneiden einer Hecke im Knoten Langensand

Ich habe mit Freude festgestellt, dass die Hecke teilweise entfernt bzw. zurückschnitten wurde. Aufgrund dessen könnte man das Postulat entgegennehmen und sofort abschreiben. Mich würde aber interessieren, wie es zu der schnellen Umsetzung kam.

Urs Rölli (FDP)

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen und schlägt vor, es gleichzeitig abzuschreiben.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Ich nehme an, dass man bei den Grundeigentümern vorgesprochen hat und das sofortige Zurückschneiden möglich war. So wie die Hecke jetzt geschnitten ist, ist das Sichtdreieck gegeben. Wir haben auch die Markierung geprüft, diese wird erneuert, eine Signalisationsänderung kann man dort aber nicht vornehmen.

Ich bin mit der Beantwortung und der Ausführung zufrieden und gehe davon aus, dass die jetzige Situation den gesetzlichen Anforderungen entspricht (Höhe, Abstand). Eine Frage wäre allenfalls, ob man auf der anderen Seite einen Spiegel montieren könnte, damit die von oben kommenden Verkehrsteilnehmenden einen besseren Blick nach rechts haben.

Urs Röllli (FDP)

Mit Spiegeln ist man immer vorsichtig an viel befahrenen Strassen, weil nicht alle den Spiegel beachten. Da an dieser Stelle das Sichtdreieck gegeben ist, ist ein Spiegel nicht nötig.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Es ist jetzt sehr schnell gegangen, dass der Grundeigentümer das Problem akzeptiert und die Situation geändert hat. Vorher war es immer ein Ärgernis, über das ab und zu diskutiert wurde. Mich interessiert, wann der Gemeinderat letztmals vor diesem Ereignis mit dem Grundeigentümer Kontakt hatte und um eine Erstellung einer gesetzeskonformen Situation gebeten hat.

Markus Bider (CVP)

Das habe ich nicht abgeklärt. Es war wahrscheinlich auch kein grosses Problem, denn es ist uns nicht bekannt, dass x Anfragen gekommen sind, denn sonst hätte man es gemacht.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Gegen die Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats Nr. 636/2012, Zurückschneiden einer Hecke im Knoten Langensand wird nicht opponiert.

Heiri Niederberger
(CVP)

9. Dringliche Interpellation Nr. 611/2012 von Thomas Zemp, CVP: Grabräumung

Die Interpellation wurde am 24. August 2012 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Heiri Niederberger
(CVP)

Ich bin mit der Beantwortung zufrieden, möchte aber gerne noch eine Bemerkung anbringen.

Thomas Zemp (CVP)

Rückblickend betrachtet habe ich das Gefühl, dass man die Umgestaltung der Reglementsänderung 2003 vielleicht etwas anders hätte machen sollen. Bei der Revision des Friedhofreglements wurde die Grabesruhe von 10 auf 15 Jahre verlängert. Man hätte ab 2003 ein Moratorium machen müssen und sagen, dass 5 Jahre lang keine Gräber mehr geräumt werden und alle Gräber 15 Jahre lassen sollen. Interessanterweise hat die Gemeinde das aber anders umgesetzt. Sie hat nach wie vor im Kantonsblatt veröffentlicht, dass die Gräber geräumt werden müssen und das relativ ultimativ, denn es hat geheissen, die Gräber, die bis 31. Januar nicht geräumt sind, würden von der Friedhofverwaltung entfernt. Gemäss Auskunft aus der Interpellation hatten die Leute aber die Möglichkeit, die Grabesruhe um 5 Jahre zu verlängern. Es ist einfach ein wenig eigenartig, weil man dann nämlich eine Urne ausgegraben und an einem anderen Ort wieder

eingegraben hat. Im Nachhinein gesehen, hätte man das anders machen können, aber da 2013 die letzten Fälle ausgelaufen sind, ist es damit erledigt.

10. Interpellation Nr. 609/2012 von Marcel Wirz, FDP, und Mitunterzeichnenden: Energiestadt / Solarkataster

Die Interpellation wurde am 23. Juli schriftlich beantwortet. Ist die Stellvertretung des Interpellanten mit der Beantwortung zufrieden?

Heiri Niederberger
(CVP)

Ich habe mit dem Interpellanten Rücksprache genommen und er hat gesagt, dass er mit der Antwort zufrieden sei. Ich würde gerne noch eine Frage stellen und verlange deshalb Diskussion.

Urs Rölli (FDP)

Was für konkrete Massnahmen sind umgesetzt worden, bei denen man sagen kann, dass das Label auch etwas Zukunftsbringendes, Nachhaltiges ist und nicht einfach ein Label, das am Dorfeingang aufgehängt wird? Welche Massnahme hat sich besonders gelohnt? Das Re-Audit ist ja keine Massnahme, sondern das muss man machen, damit man das Label behält.

Wir haben Ihnen das Massnahmenprogramm der Energiestadt einmal vorgelegt. Darin haben wir aufgezeigt, was in welchem Jahr umgesetzt wird und das ist dann wiederum im Budget ersichtlich. Bei der Energiestadt gibt es sechs Bereiche und pro Bereich setzen wir jedes Jahr etwas um, was wir bei Ihnen deklariert und was Sie zur Kenntnis genommen haben.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Ich bin mit der Beantwortung zufrieden.

Urs Rölli (FDP)

Heiri Niederberger
Einwohnerratspräsident

Hermann Herren
Sekretär

Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

Heike Sommer
Protokollführerin

Versand: 19. November 2012